

**Bezugspreise:**  
für Halle monatlich bei zweimaliger  
Ausgabe, um 7,50 Mark, vierteljährlich  
22,50 Mark, für die Post monatlich  
8,25 Mark, die Jahressubskription 24,75 Mark.  
Für den Auslandbezug, die Be-  
stellungen werden von allen Verlags-  
stellen entgegen genommen. Im  
allgemeinen, Zeitungserwerb ist unter  
Einschluss der Postgebühren, die  
Einsendung der Bestellungen, die  
1140, der 11. Ausgabe, Nr. 1103  
p. 1133, des Bezugs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

# Volks-Zeitung

54. und 45. Jahrgang.

**Anzeigenpreise:**  
Die 3 gespaltene 34 mm breite Millimeter  
zeile oder deren Raum 60 Pf., Klein-  
zeilen 40 Pf., Kleinzeilen  
die 24 mm breite Millimeterzeile  
2,40 Mark. Anzeigen nehmen an  
unserer Geschäftsstelle an, sämtliche  
Anzeigengeschäfte Erfüllungsorts  
Halle. Erscheinung täglich 2 mal,  
Sonntags und Montags 1 mal.  
Schließung und Sonntags-  
Schließung, alle neue Prome-  
nade 10, Gr. Brauhausstr. 17,  
Neben-Geschäftsstellen: Große  
Mühlstr. 52 und Markt 24  
Pößel-Konto Leipzig Nr. 4004

Nr. 129.

Halle, Freitag den 18. März 1921.

Einzelpreis 20 Pfg.

## Reichstagsdebatte über die Kriegsschuld.

### Die Entschädigungsforderung der Tschecho-Slowakei.

Die deutsch-n. Senatoren Hartl und Genossen haben in der Sitzung des Vorkriegs Senates vom 3. März an den tschecho-slowakischen Minister des Auswärtigen eine Inzessionation eingebracht, deren hauptsächlichste Stellen lauten:  
„Nach unvordenklichen Leistungen, die die tschecho-slowakische Regierung den Anspruch auf eine von Deutschland zu zahlende Entschädigung von über 40 Milliarden tschecho-slowakischer Kronen angewendet. Sollte eine solche Forderung tatsächlich erhoben worden sein, so müßte gegen sie ein Versuch, sich an dem gegenwärtigen neuartigen Verhandlung gegen das deutsche Reich zu betätigen, im Namen der deutschen Bevölkerung der Tschecho-Slowakei antwortend überprüft werden. Dementsprechend, ist es aus tiefen Wunden blutend, die den Deutschen in der Tschecho-Slowakei der eigene Staat geschuldet hat, wendet sich das deutsche Volk der Tschecho-Slowakei mit Absicht von dem Gedanken ab, die augenblickliche Machtlosigkeit des nicht im christlichen Kampf besiegten, sondern durch heuchlerische Zusicherungen vorzeitig in Waffenstillstand verführten tschecho-slowakischen Volkes zu einer unzulässigen Erpressung auszunutzen. Der tschecho-slowakische Staat kann, sofern er nicht eine ausgeprägte Repressivpolitik beschließen will, nur die Wiederherstellung seiner Schanden verlangen, welche nach dem 28. Oktober 1918, an welchem Tage er zu bestehen begannen hat, in der Zivilbevölkerung zurückgelassen wurden. Diese Schäden werden aber nicht im allgemeinen an die vom Vorkriegs einbezogene Summe von über 40 Milliarden heran. Die hierfür erforderliche Leberleistungsumme dieser Summe ist im Betrage der für sich auszumachen in Staatschulden der Republik läßt übrigens vermuten, daß nur vorüberwiegend: Versuch vorliegt, die tschecho-slowakische Staatsschuld ohne jeden Rechtsmittel dem deutschen Volk aufzubürden. Die Deutschen in der Tschecho-Slowakei und niemand anders hätte dieses Staates müssen den abzuweisen Erpressungsversuch an Deutschland als eine ihnen selbst angetane Schmach aus bitterer empfinden. Und noch rein rechtlich in Standpunkt aus erhellen jener Versuch einer rechtswidrigen Anrechnung der Milliarden tschecho-slowakischer Vermögens als ein zugunsten eines angrenzenden Vorkrieges ins Wert zu legende unethische Untergrabung der Zukunft des eigenen Staates, die nur durch ein für sich dieses Verhältnis zu den Nachbarn gestiftet werden kann.“

Von dem in Gesichtspunkte aus richten wir an den Herrn Minister des Auswärtigen die Anfrage: „Ist es richtig, daß der tschecho-slowakische Staat den Anspruch auf eine von Deutschland zu zahlende Entschädigung von über 40 Milliarden tschecho-slowakischer Kronen erhoben hat? Wenn dies der Fall ist, wie vermag der Herr Minister eine solche Forderung zu rechtfertigen und abzumitteln, unter Aufhebung der betreffenden Schäden, zu begründen.“

Während ein großer Teil der deutschen Presse sich an übertriebener Nachsichtnahme kaum genug tun kann und in der Berichterstattung über Deutschland's Nähe viel zu wünschenswert läßt, glaubt das führende tschecho-slowakische Journalist nicht kleiner Rücksicht auf das deutsche Volk und das deutsche Reich nehmen zu müssen, ja, es beschuldigt sogar die englische Arbeiterschaft, wenn diese für Recht und Gerechtigkeit auch Deutschland gegenüber eintritt. Die „Norddeutsche Zeitung“ bringen am 5. März unter der Überschrift „Die deutsche Propaganda“ einen Artikel, dem wir folgenden entnehmen:

„Man sagt mit Recht, daß jeder Deutsche, der sich irgendwo in der Welt aufhält, sofort ein eifriger Propagator für alle deutschen politischen, wirtschaftlichen und kriegerischen Bestrebungen (letzteres während des Krieges) wird. Man kann nicht leugnen, daß Deutschland für seine Zwecke alle Mittel zu gebrauchen verstand und die Verhältnisse nach dem Kriege brachten nur eine Fortsetzung dieser Propaganda. Solchen Unternehmungen ungewöhnlich ausgiebig die sozialistische Partei aller Schattierungen, welche unter dem Deckmantel der Internationalität alle Anhänger im Gist der deutschen Praktiken und Nebenabteilungen leitete. Vor kurzem gelangte an Deutschland der Beschluß, es sei notwendig zu leisten für die Bewirtschaftung, welche es während des Krieges ohne ein Atom jener Menschheit ist angeordnet hat, die es jetzt in geradezu unvergleichlicher Weise für sich beansprucht. Es entstand ein inhumanes Geschrei in Deutschland und die deutsche Propaganda begann sofort zu arbeiten. In diesen Tagen kam Deutschland die englische Arbeiterschaft und die Parliamentsauswahl der englischen Gewerkschaften zu Hilfe und verlangte, daß die Frage der Entschädigung im Interesse der englischen und der ausländischen Arbeiterschaft näherlich erörtert werde. Die heutige Not Englands ist nur die Folge des Verlustes des Handels mit

Deutschland und Oesterreich. Die englische Arbeiterschaft fordert nicht nur eine Revision der Schadensgutmahlung, sondern verlangt überhaupt ein: Verändern des ganzen Verhältnisses Englands gegenüber Mitteleuropa und Russland. Daran erkennt man, daß der geistige Urheber des englischen Arbeitermanifests Deutschland ist, daß es keine Kundgebung solidarischer Beziehungen der Arbeiterschaft, sondern eine Kundgebung der rein egoistischen Bestrebungen der Deutschen ist, ein Mittel, da mit Deutschland der Strafe, welche auch in dieser Form recht weit von der Gerechtigkeit entfernt ist, auszuweichen!“

Diese Verurteilung der „Norddeutsche Zeitung“ ist für die Deutschen der Welt ein Beweis, daß sie einer kritischen Einsicht unterworfen nicht bedarf.

### Die englische Reparationsbill angenommen.

Die Reparationsbill wurde in der Ausschussberatung des Unterhauses ohne wesentliche Änderungen angenommen. Am 17. März wurde die Bill im Unterhaus, er ist bereit, den 31. März als letzten Zeitpunkt für das Inkrafttreten der Reparationsbill anzunehmen. Dieses Datum wurde in die Bill eingefügt. In der Ausschussberatung der Reparationsbill wurde von dem unabhängigen Liberalen ein Vorschlag zur Änderung eingebracht, in dem vorgeschlagen ist, daß keine Abgabe auf Grund der Bill erhoben werden wird, bevor eine gleiche Besteuerung von den anderen alliierten und assoziierten Mächten, die den Verfall der Vertrag unterzeichnet haben, eingeführt ist. Chamberlain erklärte, es sei nicht möglich, daß England keinerlei Aktion in der Angelegenheit ergreife, selbst wenn es dabei allein stehen würde. Es sei eine Entscheidung anzuwenden, die in doppelter Hinsicht wichtig wäre, entweder als Strafmaßnahme für die Nichterfüllung des Friedensvertrages, und in die den deutschen Handel bestimme, wenn Deutschland keinerlei geeignete Vorkehrungen treffe, um die deutschen Kaufleute zu entschädigen. Wenn Deutschland andererseits die geeigneten Vorkehrungen treffe, so werde die Bill automatisch zur Einförmigkeit der geschuldeten Reparationen dienen. Chamberlain erklärte, er bitte das Haus, unter diesen Umständen mit der Maßnahme fortzuführen, ohne Rücksicht darauf, welche Aktion von den Geschützten der Alliierten getroffen werden würde. Lord Robert Cecil fragte, ob Chamberlain irgendwelche Gründe habe, zu zweifeln, daß die anderen Nationen die Abgabe hätten, eine gleichzeitige Aktion ähnlicher Art zu unternehmen. Chamberlain erklärte, es sei für ihn unmöglich, für ein solches Duzend verschiedener Regierungen zu sprechen. Das Amendement wurde hierauf abgelehnt und lautet: Vorausgesetzt, daß keine Verzögerung stattfindet, bis eine gleiche Besteuerung von den geschuldeten Körperschaften Frankreichs, Italiens und Belgiens angenommen wird. Dies Amendement wurde mit 218 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

### Die englische Fühler gegen die Neutralen.

Wie der Berner „Bund“ berichtet, hat die britische Gesellschaft dem Schweizer Bundesrat eine Note mit der Mitteilung über das Inkrafttreten der Deutschland entsetzlichen Zwangsmaßnahmen überreicht. Nach dieser Note hat der Importeur alle gemauften Einzelheiten bezuziehen, damit das Ursprungsland bzw. der Charakter der Waren festgestellt werden kann. Gelingt dies nicht zur Zufriedenheit, so soll die Ware alsbald aus Deutschland hergeführt. Wie das Blatt berichtet, herrscht noch keine Klarheit darüber, welche Maßnahmen die englische Regierung hinsichtlich der Feststellung des Ursprungs und des Charakters der Waren ergreifen wird. Es ist aber möglich, daß Ursprungszeugnisse gefordert werden.

### Das französische Reparationsgesetz.

Die Pariser Regierung hat gestern in der Kammer dem Gesetzentwurf über die Erhebung der fünfzigprozentigen Abgabe zum Verkaufswert der deutschen Waren, die in Frankreich eingeführt werden, eingebracht.

### Abwehrmaßnahmen des deutschen Handels.

Laut „B. Z. am Mittag“ machte eine außerordentliche Mitgliederversammlung des Bundes des Hamburger Einfuhrhandels in Hamburg es in einem Beschlusse zur Ehrenpflicht der Kaufmannschaft und Industrie, von dem direkten und indirekten Einfluß von Waren aus den feindlichen Ländern derjenigen Mächte, die sich den Zwangsmaßnahmen anschließen, Abstand zu nehmen.

### Verhandlungen mit Bayern.

Am Freitag und Sonnabend werden, wie verlautet, Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und dem bayerischen Senat über die Durchführung des Entschädigungsabkommens stattfinden. Die Haltung der bayerischen Regierung läßt die Hoffnung auf eine Einigung aufkommen,

da man in Bayern entschlossen zu sein scheint, dem Reiche entgegenzukommen. Veränderungen in der im Reichstage bereits behandelte Vorlage über das Verbot der militärischen Bewegungen werden offenbar nicht notwendig sein, es wird sich nur um geringfügige Änderungen handeln. Die Reichsregierung wird sich auf die Durchführung des Friedensvertrages zu übernehmen.

### Beratungen in Berlin.

Berlin, 17. März. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Ullrich eine Beratung der Vertreter der industriellen, wirtschaftlichen und sozialen Interessengruppen der neuen und besetzten Gebiete, der Reichsregierung, dem Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete und den Vertretern der rheinischen Verwaltungsbehörden statt. Die Beratungen galten insbesondere der durch die bevorstehende Errichtung der Zollgrenze in den Rheinlanden geschaffenen Lage.

Der Reichsminister für die besetzten rheinischen Gebiete, v. Sarda, gab zunächst einen umfassenden Bericht über die derzeitige Lage im Rhein- und Saar-Gebiet und führte anschließend aus: Als erste Folge der so genannten Sauten hat die interalliierte Rheinlandkommission zwei Verordnungen erlassen: Nr. 76 und 77. Nach der Verordnung Nr. 77 wurde die Telegraf- und Telefonzentrale für die Rheinlande am 16. März wieder um 8 Tage verlängert wurde. Während in der französischen und belgischen Zone des besetzten Gebiets die Einrichtung richtig gebraucht wird, geschieht das in der englischen Zone beschränkt und in der amerikanischen Zone überhaupt nicht. Außerdem wurde durch Verordnung Nr. 77 die Presse hinsichtlich der Nachrichten über Truppenbewegungen unter Verletzung der Neutralität. Die Ausübung der Pressefreiheit geschieht in der französischen und in der belgischen Zone in schärferer Weise. Eine Verschärfung der Zensur ist bisher nicht eingetreten. Die zweite Verordnung 77 verfügt die Sperrung der Zollstationen an der Westgrenze. Die Behörden der Zollverwaltung, für die Überwachung der Ein- und Ausfuhr und der Kapitalflucht hat dem Befehl der interalliierten Rheinlandkommission unterstellt. In Ausführung derselben sind die Zollstationen bei den Zollämtern und bei der Zollverwaltung geprüfert worden. Sie müssen den Alliierten zustimmen. Unter der Zollstationen fallen nach Angaben der Alliierten auch die Zollgebühren und Ausfuhrabgaben, nicht aber die Verbrauchsabgaben. An Stelle der im unbesetzten Gebiet liegenden Landesfinanzämter Kasse, Darmstadt und Würzburg wurden als ob: Zollstationverwaltung die Hauptzollämter in Ludwigshafen, Mainz und Wiesbaden bestimmt. Die oberste Aufsicht des Zollwesens wurde von der Rheinlandkommission dem Komitee des Douanes in Koblenz übertragen. (Fortsetzung folgt.)

### Die Fünftzehnerkommission.

Wie die „B. Z. am Mittag“ meldet, nimmt die gestern vom wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates eingesetzte fünftzehner Kommission, die die Aufgabe hat, die Abgrenzung in der Wirtschaftswirtschaftsfrage betreffend Angelegenheiten zu beraten, ihre Tätigkeit sofort auf. Sie beschäftigt sich zunächst mit der Frage, wie der Wirkung der Sanktionen auf unser Wirtschaftslage am besten zu gnet werden kann.

### Italien verzichtet auf die Exportabgabe.

Wie ein Londoner Berichterstatter von bestmöglicher Quelle berichtet, ist eine Mitteilung aus Rom eingelaufen, daß die italienische Regierung beschließen habe, der Kammer keinen Gegenentwurf über die Erhebung von 50 v. H. des Wertes der deutschen Einfuhr vorzulegen. Damit befähigt die italienische Regierung konsequent das Anstreben des Grafen Stojer, der während der ganzen Konferenz gegen die Anwendung der Sanktionen protestiert hatte. Auch Japan soll sich dem Vorgehen der alliierten Mächte in dieser Frage nicht anschließen.

Der amerikanische Ministerpräsident hat in einer Rede erklärt, die Regierung würde nichts in der Frage einer Steuer auf den deutschen Import unternehmen, wenn nicht ein solcher Vorstoß durch das Parlament gefordert werden würde. Wenn das Entgegen der deutschen Einfuhr für die Höhe der Wiedererstattung maßgebend sein sollte, wäre die natürliche Folge, daß diese Waren den Import aus anderen Ländern verdrängen würden.

Im Laufe der gestrigen Sitzung der Waldegg-Interminister Konferenz in Wien wurde laut „Walddegg-Tag“ der deutsch-italienische Antrag, das Parlament aufzulösen, mit der Mehrheit der Stimmen abgelehnt. Die Abgeordneten der deutsch-italienischen Volkspartei verließen darauf den Sitzungssaal, wodurch das Haus beschlußunfähig wurde.

### Rus Oberkloffen.

Die interalliierte Kommission gibt bekannt, daß am Abkommensstage 5. Februar die Ergebnisse in Werte von 10 bis 100 Prozent einmündlich abgegeben werden. Die Ergebnisse werden mit dem Aufbruch des Monats März 20. März 1921“ verlesen.





